

Die Debatte lenkt ab

Nikolaus Sander zur Kontroverse um das Gedicht von Günter Grass

Die Reaktionen waren vorhersagbar. Dass die Kritik an der Politik Israels die üblichen Verdächtigen auf den Plan rufen würde, die sofort mit dem Verdikt des Antisemitismus von sich reden machten, ist nicht ungewöhnlich und war vorhersehbar. Die israelische Regierung samt ihrer Botschaft in Berlin und ihr rechtsradikaler Innenminister Eli Jischai von der Shas-Partei, sowie Henryk M. Broder und Michael Wolffsohn bleiben sich und ihrem intellektuellen Niveau treu. Der Vorwurf ist billig und unbeachtlich. Er ist schlicht dumm.



Viele Stellen des Textes von Günter Grass sind in unseren Medien zitiert worden. Interessanterweise der Schluss nicht. Der lautet im Sinne einer Forderung:

*daß eine unbehinderte und permanente Kontrolle
des israelischen atomaren Potentials und der iranischen Atomanlagen
durch eine internationale Instanz,
von den Regierungen beider Länder zugelassen wird.
Nur so ist allen, den Israelis und Palästinensern,
mehr noch, allen Menschen, die in dieser vom Wahn okkupierten Region
dicht bei dicht verfeindet leben und letztlich auch uns zu helfen.*

Dieser Teil des Textes kann die massiven Reflexe eigentlich nicht erklären, es sei denn, man akzeptiert, dass alle israelischen Regierungen sich bisher geweigert haben, ihr atomares Potential einer internationalen Kontrolle zu unterwerfen und man ist weiterhin bereit, mit zweierlei Maß zu messen. Dies wäre nämlich die erste Aufgabe der internationalen Gemeinschaft: Sie muss den Iran dazu verpflichten, dessen Absichten über die nuklearen Ziele offenzulegen, sie kontrollieren zu lassen und Israel dazu, sich ebenfalls internationalen Kontrollen zu unterwerfen und den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen. Gibt es irgendeinen vernünftigen Grund, auf eine Gleichbehandlung zu verzichten?

Nicht hinreichend gewichtet

Was also ist an dem Text so unvernünftig, dass er derart heftige Reaktionen selbst von ernst zu nehmenden Kritikern hervorbringen kann? Richtig erscheint der Vorwurf, dass Grass das iranische Regime in seinem Bedrohungsgerede nicht hinreichend gewichtet. Der iranische Präsident ist nicht nur ein "Maulheld", wer einem anderen Land mit der Auslöschung droht, ist hochgefährlich und muss in seinen Äußerungen ernst genommen werden. Abwegig ist auch die Behauptung, Israel wolle mit einem "Erstschlag" das iranische Volk auslöschen. Grass hat selbst außerdem inzwischen eingeräumt, dass er zu undifferenziert von Israel statt von der israelischen Regierung gesprochen hat.

Das war es denn aber auch. Es gibt keinen Grund, schon gar nicht für Sozialdemokraten, sich an Günter Grass abzarbeiten.

Grass führt die falsche Auseinandersetzung

Aber sind diese gegenseitigen Kriegsdrohungen eigentlich das wirkliche Problem des Staates Israel? Und lenkt nicht Günter Grass von der eigentlichen Sache ab, wenn er sich an der Debatte beteiligen will. Der gegenwärtigen israelischen Regierung ist es gelungen, das Kriegsszenario auf die Agenda zu setzen. So redet alle Welt nicht mehr von der wirklichen Friedensgefährdung, die in der Palästina-, Besatzungs- und Siedlungspolitik der israelischen Regierung begründet liegt und welche Israels Existenz in seiner noch vorhandenen demokratischen Substanz von innen heraus gefährdet. Keine israelische Regierung hat ihrem eigenen Volk so geschadet wie die jetzige. Keine hat das Vertrauen in die Friedenswilligkeit so zerstört wie diese. Niemand glaubt noch, dass diese Regierung einen gerechten Ausgleich mit den Palästinensern und einen gleichberechtigten Staat Palästina im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung anstrebt. Niemand glaubt noch, dass die arabischen israelischen Staatsbürger als gleichberechtigte Bürger anerkannt und behandelt werden - Sigmar Gabriel hat bei seinem Besuch in Hebron zu Recht auf diese Situation hingewiesen.

Dass viele arabische Staaten und unversöhnliche palästinensische Gruppen eine erhebliche Mitschuld tragen, wird auch niemand ernsthaft bestreiten. Aber was tun Menschen, die wie die Palästinenser jahrzehntlang in Hoffnungslosigkeit leben und die bestenfalls als Randnotiz von der Weltpolitik wahrgenommen werden?

Aufgabe internationaler Politik

Und das wäre die zweite Aufgabe internationaler Politik. Sie muss deutlich machen, dass Israel - von niemandem, auch vom Iran nicht, bezweifelbar - das Recht auf eine dauerhafte, gesicherte Existenz besitzt. Das hat sie bisher schon getan. Aber sie muss - notfalls unter dem Druck von Sanktionen - genauso deutlich machen, dass Israel in der Pflicht ist, alles zu tun, was den Frieden in dieser Region sicherer macht. Das bedeutet die Rückkehr der israelischen Politik zur Beachtung des Völkerrechts, die Erfüllung der einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen, das Ende der Besiedlungspolitik in den besetzten Gebieten und schließlich das Ende des Besatzungsregimes und die Existenz zweier gleichberechtigter Staaten in international gesicherten und garantierten Grenzen. Solidarität ist keine Einbahnstraße.

Das wäre - wenn schon - ein Thema für ein Grass'sches Gedicht.

Debatte hilft den Menschen nicht

Moshe Zimmermann, Historiker an der Hebräischen Universität in Jerusalem schreibt dazu im "Tagesspiegel": "Das ist just der Gedanke, der hinter der Taktik der israelischen Regierung steckt: Iran als Buhmann aufzubauen, die Existenzfrage und das Existenzrecht Israels (oder die SS-Vergangenheit von Günter Grass) in den Mittelpunkt zu rücken. Und das alles, um das Palästina-Problem zu marginalisieren. So helfen paradoxerweise am Ende Günter Grass und Co. Netanjahu, Liebermann und Ahmadinedschad. Sie helfen nicht den Menschen im Nahen Osten, nicht den Palästinensern und schon gar nicht Israel."

Niko Sander

Vorsitzender Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie